

Kurzinformationen

Papst Paul VI. hat durch die Teilnahme an der Trauerfeier für Aldo Moro ein außergewöhnliches Zeichen gesetzt. Bei dem Gottesdienst, der am 13. Mai in der Lateranbasilika stattfand, erwies der italienische Staat und Vertreter zahlreicher europäischer und außereuropäischer Nationen dem ermordeten Präsidenten der Democrazia Cristiana die letzte Ehre, nachdem sich die Familie Moros – unter Hinweis auf den in einem der Briefe aus der Gefangenschaft ausgesprochenen Wunsch des Ermordeten – einen Staatsakt und ein Staatsbegräbnis verboten hatte. In der neueren Geschichte gibt es praktisch keinen Präzedenzfall für die Teilnahme eines Papstes an einer vergleichbaren Trauerfeier. Die Päpste haben lediglich bisweilen an Gedenkgottesdiensten für besonders verdiente Kardinäle im Petersdom teilgenommen. Durch seine Geste hat der Papst nicht nur seiner Betroffenheit über die Ermordung des mit ihm seit Jahrzehnten persönlich befreundeten Politikers Ausdruck gegeben, sondern auch seine besondere Anteilnahme am Geschick der italienischen Nation bekundet. Paul VI. leitete den Wortgottesdienst bei der von seinem Generalvikar für die Diözese Rom, Kardinal *Ugo Polletti*, zelebrierten Eucharistiefeier und sprach ein von ihm persönlich verfaßtes Gebet für Aldo Moro. Die Familie Moros – außer einem Bruder und einer Schwester – blieb befremdlicherweise dem Gottesdienst fern, sprach aber dem Papst ihren „ehrerbietigen und kindlichen Dank“ für den „einzigartigen Akt“ seiner Teilnahme an der Feier aus. Ebenso dankte die Familie Moro dem Papst für seine Versuche, etwas für die Errettung Moros zu tun (vgl. HK, Mai 1978, 262f.). Von den beschwörenden Appellen an die Entführer, ihr Opfer freizulassen, hat vor allem der handschriftliche offene Brief des Papstes, in dem er die Roten Brigaden „auf den Knien“ anflehte, Moro ohne Bedingungen freizulassen (vgl. Osservatore Romano, 23. 4. 78), in Italien einen außerordentlich starken Eindruck hinterlassen, was keineswegs einmütige Zustimmung bedeutete, doch blieb manche anfängliche Kritik, vor allem von „laikaler“ Seite, respektvoll zwischen den Zeilen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Ermordung gab der Papst in einem Beileidstelegramm an den Generalvikar der Diözese Rom seiner Erschütterung Ausdruck: „Wir haben nicht die passenden Worte, um Unsere tiefe Trauer und Unseren Schrecken über die barbarische Ermordung von Aldo Moro auszudrücken“ (vgl. Osservatore Romano, 11. 5. 78). Die Generalaudienz am Tag darauf stand ganz im Zeichen des schrecklichen Ereignisses. Mit bewegter Stimme wandte sich der Papst zunächst an 4000 Kommunionkinder aus der Diözese Rom, die an der Audienz teilnahmen, um ihnen zu sagen, was Aldo Moro für ihn persönlich und für Italien bedeutet habe: „Er war eine Persönlichkeit von großer Autorität, ein Politiker von hoher Bedeutung und von gutem und ruhigem Charakter ... Wir haben ihn gekannt seit den Jahren seiner Jugend, seit er an der Universität studierte. Er war ein guter und weiser Mensch, unfähig, irgend jemandem etwas zuleide zu tun. Er war ein sehr fähiger Professor und Staatsmann, eine Persönlichkeit von hohem Wert, ein exemplarischer Familienvater und – was am meisten zählt – ein Mann mit den besten religiösen, sozialen und menschlichen Gefühlen.“ Nach einem Gebet mit den Kindern und ihren Angehörigen rief Paul VI. im weiteren Verlauf seiner Ansprache dazu auf, dem Guten in Gedanken und Taten zu größerer Wirksamkeit in der Welt zu verhelfen, damit die Degeneration aufgehalten werde, „für die das ungerechte und

tragische Ende eines guten, gebildeten und frommen Staatsmannes wie Aldo Moro ein beängstigendes Zeichen ist“ (Osservatore Romano 11. 5. 78).

Die *italienische Bischofskonferenz* würdigte in einer Stellungnahme den „unermüdlichen und weisen Einsatz“ Moros im Dienst am Nächsten und drückte die Hoffnung aus, daß die Christen aus der schrecklichen Tat eine Lehre ziehen und ihren solidarischen und mitverantwortlichen Einsatz verstärken würden. Im Rahmen der Kundgebungen der Trauer und des Protestes, die nach dem Mord von Parteien, Gewerkschaften und anderen Gruppen veranstaltet wurden, rief die Katholische Aktion Italiens, in der Moro lange Jahre aktiv war, zu einer Gebetsstunde auf einem Platz in der Innenstadt Rom auf. Auch die *Kirche in der Bundesrepublik* nahm an der Trauer über die Ermordung Moros Anteil. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Josef Höffner*, brachte in Telegrammen an Papst Paul VI., an den Vorsitzenden der italienischen Bischofskonferenz, Kardinal *Antonio Poma*, und an die Witwe Moros seine Bestürzung zum Ausdruck und versprach das Gedenken im Gebet und in den Gottesdiensten. „Wir werden Ihren Mann, der nicht nur für Italien, sondern auch für Europa Außerordentliches geleistet und seine Politik aus tiefer Gläubigkeit heraus gestaltet hat, nicht vergessen“, schrieb Höffner an *Elenora Moro*. Für die EKD kondolierte ihr Ratsvorsitzender, Landesbischof *Helmut Claß*, der italienischen Regierung.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hielt am 19. und 20. Mai seine Frühjahrsvollversammlung ab. Wegen der zeitlichen Nähe zum Katholikentag fand die Sitzung ausnahmsweise in Freiburg i. Br. statt. Allerdings nahm der Katholikentag, über dessen Planung und Durchführung alle Entscheidungen längst gefallen sind, nur einen schmalen Platz in der umfangreichen Tagesordnung ein, die vom Terrorismus bis zur Arbeit der Pfarrgemeinderäte und der Bistumspresse reichte. In seinem *Bericht zur Lage* ging der Präsident des ZdK, Kultusminister Prof. *Hans Maier*, von der Ermordung Aldo Moros aus und bekundete dem „Nachbarland Italien“ die Betroffenheit der deutschen Katholiken sowie ihre Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus. Maier mutmaßte, daß die Bedrohung, für die er den Begriff den „Euroterrorismus“ einführte, die Völker Europas näher zusammenführen würde. Zum Thema Europa appellierte er im übrigen an die Katholiken, die Chancen der politischen Debatten im Vorfeld der Europawahlen zu nutzen. Außenpolitisch verwies Maier des weiteren auf die starke Resonanz, die die Erklärung des ZdK zum Husák- und Breschnew-Besuch (vgl. HK, Mai 1978, 262) gefunden hätten, und erklärte zur Belgrader Helsinki-Folgekonferenz, auf ihr sei erneut der „Zynismus der kommunistischen Machthaber in Osteuropa und eine im ganzen doch recht schwächliche Reaktion der westlichen Staaten“ offenbar geworden.

Im Blick auf die Bundesrepublik hob Maier die wachsenden Probleme hervor, die sich aus dem immer stärkeren *Geburtenrückgang* ergeben. Er warf der Bundesregierung vor, das Problem herunterzuspielen und durch die Schwächung der erzieherischen Kraft der Familie im Zuge der Neuregelung des elterlichen Sorgerechts (vgl. HK, April 1978, 171ff.) sowie durch die Erleichterung der Abtreibung noch zu verschärfen. Maier bezeichnete es

als einen „fortwährenden Skandal“, daß „soziale Notlagen durch die Tötung ungeborenen Lebens ‚gelöst‘ werden“. (Die regierungskritischen Äußerungen von Maier führten zu einer scharfen Kontroverse zwischen dem Vizepräsidenten des deutschen Bundestages, *Hermann Schmidt-Vockenhausen* [SPD], und dem CDU-Bundestagsabgeordneten *Adolf Müller-Remscheid*.) Unter dem Stichwort *Rundfunkfreiheit* kritisierte Maier eine „Meinungssklerose“, einen Journalismus, „der Meinung und Meldung nicht mehr unterscheiden will und kann“. Zum Fall *Klingenberg* (vgl. ds. Heft, S. 272 ff.) erklärte Maier, der Tod der Studentin müsse die Christen mehr betroffen machen als der Schaden, den das Ansehen der Kirche infolge des Geschehens genommen habe. Man könne der kirchlichen Verkündigung, „teilweise auch dem Amt“, den Vorwurf nicht ersparen, „daß sie zu lange geschwiegen oder sich mindestens nicht vernehmlich genug geäußert haben“. Die Frage des Bösen, des Teufels und seiner Persönlichkeit sei „in einem theologischen Halbdunkel verschwunden“, in dem gefährliche Formen der Schwärmerei hätten aufkommen können. Ausdrücklich dankte Maier Kardinal *Höffner* und Kardinal *Ratzinger* für ihre Äußerungen. Sie würden Hoffnung machen, „daß die Kirche wieder den Mut und die Kraft findet, bei aller nötigen Differenzierung in einfachen und unmißverständlichen Sätzen zu den Gläubigen zu sprechen, wo es um des Glaubens willen – aber auch um der öffentlichen Glaubwürdigkeit der Kirche willen – not tut“.

Von den übrigen Tagesordnungspunkten fand die stärkste Resonanz ein Referat der Soziologin *Gertraud Nellesen-Schumacher* zum *Sozialprofil der deutschen Katholiken*, in dem sie die wesentlichen Ergebnisse einer strukturanalytischen Untersuchung bekanntgab, die sie im Auftrag des ZdK erarbeitet hat und die im Herbst dieses Jahres in Buchform erscheinen wird. Als herausfordernd wurden insbesondere zwei Fakten empfunden: daß es nach wie vor ein Bildungs- und Sozialgefälle zwischen dem Katholischen und dem protestantischen Bevölkerungsteil gibt, und zum anderen, daß Umfragen beider Kirchen zeigen, daß Urbanität, hoher Ausbildungsstand, gehobener Sozialstatus und Zerfall des Glaubens bzw. Abwendung von der Kirche korrelieren. Zum *Terrorismus* hörte das Zentralkomitee Hintergrundreflexionen aus psychologischer (*Wanda von Baeyer-Katte*) und theologischer Sicht (Bischof *Klaus Hemmerle*). Mit der Verabschiedung einer Erklärung ermutigte das ZdK die Arbeit der *Pfarrgemeinderäte*. In einer Erklärung zur Situation der *Bistumspresse* wurde einerseits deren Bedeutung als Mittel innerkirchlicher Kommunikation gewürdigt, andererseits aber größere Welt-offenheit verlangt sowie zur Bemühung um jüngere Leserschichten aufgerufen. Eine weitere Erklärung brachte erneut das Thema der *Vermögensbildung* in Arbeitnehmerhand in die öffentliche Debatte. Dazu wird das ZdK in absehbarer Zeit erneut eigene Stellung nehmen. Lediglich andiskutiert wurde der Entwurf einer Erklärung über „*Ehe und Familie als personale Partnerschaft und als Institution*“, die als sozial- und gesellschaftspolitisches Pendant zum mehr theologisch und pastoral ausgerichteten Beschlußtext der Gemeinsamen Synode über Ehe und Familie gedacht ist.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der EKD über das Hintergrundpapier des Ökumenischen Rates zur Lage in Südafrika gehen weiter. Der Rat der EKD hatte sich von dem Genfer Dokument in scharfer Form distanziert. In einem Brief an den Generalsekretär des Ökumenischen Rates wurde der Versand des Papiers, durch den eine „Vertrauenskrise“ entstanden sei, als „unverantwortlich“ bezeichnet. Ferner wurde die Hoffnung ausgesprochen, „daß Fehlleistungen dieser Art sich nicht wiederholen“ (vgl. HK, April 1978, 205). An diesem Brief des

Rates der EKD übten zahlreiche evangelische Theologieprofessoren, Kirchenvertreter und Laien ihrerseits entschiedene Kritik in einer Stellungnahme mit dem Titel „Ist dies die ganze Solidarität?“. Zu den Unterzeichnern zählten u. a. die Professoren *Eberhard Bethge*, Freund und Biograph Dietrich Bonhoeffers, *Walter Kreck*, *Jürgen Moltmann* und *Rolf Rendtorff*, der ehemalige Berliner Regierende Bürgermeister Pfarrer *Heinrich Albertz* sowie mehrere Angehörige der EKD-Synode. Die Kritiker des EKD-Briefes äußerten die Sorge, „daß unsere Kirche das Zusammenstehen mit brutal unterdrückten und unter schwersten Gewissensentscheidungen stehenden Menschen verleugnen möchte“. Der Rat der EKD wurde gefragt, ob statt pauschaler Distanzierung nicht wenigstens eine Bekundung des Verständnisses für den Ernst der Fragestellung angemessen gewesen sei und ob christliche Gewaltablehnung nicht unglaubwürdig wirken müsse, solange nicht „nachdrücklich zu gewaltlosem Druck auf die Unterdrückten aufgerufen wird, statt wirtschaftlichen Interessen Vorrang einzuräumen“. Zum strittigen Thema Gewalt hieß es, ob es nicht legitim sei, daß sich Christen, die selbst keine Gewalt anwenden, sich dennoch zu Solidarität verpflichtet fühlen, und die Frage stellen, wodurch diese zum Ausdruck kommen solle (vgl. epd, 17.3. und 5.4.78). Der Sprecher der EKD-Kanzlei, Oberkirchenrat *Claus-Jürgen Roepke*, wies gegenüber dieser Stellungnahme darauf hin, daß der Brief des Rates keine Distanzierung vom Weltkirchenrat bedeute, daß er lediglich eine erste und keineswegs erschöpfende Stellungnahme zu dem komplexen Sachverhalt sei und daß er neben Protesten auch „breite Zustimmung in der Öffentlichkeit“ gefunden habe. Unter Hinweis auf konkrete Beispiele wies Roepke ferner den Vorwurf aus Genf zurück, die EKD lasse konkrete Zeichen der Solidarität mit den Angehörigen der schwarzen Bevölkerung in Südafrika vermissen (epd, 17.4.78).

Inzwischen hat sich auch ein amtliches kirchliches Gremium kritisch zu dem Brief des Rates der EKD geäußert (vgl. epd, 10.5.78). Die Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche sprach sich in einem Schreiben für eine „Gemeinschaft in Christus“ aus, die so weit geht, „daß wir uns neben die zu Unrecht gebannten Brüder auch dann stellen, wenn wir mit ihnen als Helfershelfer von Terror und Gewalt angesehen und verdächtigt werden“. Die Kirchenleitung konzidierte aber, daß zum Problem einer gerechten Rebellion Rückfragen „unbedingt erforderlich“ gewesen seien. Eine solche Lehre sei ebenso wenig vertretbar wie diejenige vom gerechten Krieg, weil dadurch Gewaltmaßnahmen vorab sanktioniert bzw. provoziert würden. Unangemessen sei es aber gewesen, „angesichts der nahezu ausweglosen Situation im südlichen Afrika dem Weltrat der Kirchen... Formfragen zur Entstehung und zum Versand des Papiers vorzuhalten“. Schließlich wurde es in dem Schreiben begrüßt, daß der Rat der EKD und der Ökumenische Rat in eine neue Phase des Dialogs einzutreten bereit sind, nachdem zunächst „eine tiefe und dauerhafte Verstimmung“ habe befürchtet werden müssen.

Herausgeber und Freunde der „Internationalen Katholischen Zeitschrift“ (Communio) führten am 22./23. April in Straßburg unter dem Titel „Europa – Ruine oder Baustelle?“ eine übernational besetzte Europatagung durch. Unter den zahlreichen Europaveranstaltungen, die im Vorfeld der Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1979 auch im kirchlich-christlichen Bereich fast wöchentlich stattfinden, ragte die Veranstaltung der *Communio*-Herausgeber, die einige große Namen aus dem Zwischenfeld von Wissenschaft und Politik dafür engagieren konnten (neben dem bayerischen Kultusminister *Hans Maier*, der selbst zur Herausgeberschaft gehört, den Historiker

Prof. *A. Dupront*, Ehrenpräsident der Sorbonne, den Philosophen Prof. *Nikolaus Lobkowicz*, Präsident der Universität München, und *Hendrik Brugmans*, emeritierter Rektor des Europakollegs Brügge) weniger durch politische Programmatik heraus als durch Originalität der Deutung der geschichtlich-geistigen Gestalt Europas. Das galt besonders für die Referate von Dupront und Brugmans.

Geschichtlich wurde dabei durchwegs Nüchternes zutage gefördert. Dem geschichtlichen Europa fehle bis heute so etwas wie eine „Kollektiv-Seele“: weder die des „Europa der Gelehrten“ noch das stets auf einem prekären Gleichgewicht beruhende „Europa der Nationen“ habe ein wirklich europäisches Gemeinschaftsbewußtsein hervorgebracht. Die zerteilten und zerteilenden Milieus (Dupront) der fernerer und jüngeren Geschichte seien nicht in der Lage gewesen, ein Europa zu schaffen. Passivität und Kräftevergeudung, deren Alternative im Grunde die Gewalt sei, blockierten heute noch das Entstehen bzw. die Aktivierung eines europäischen Wertbewußtseins.

Weniger nüchtern und hoch im Anspruch war die *Deutung der Idee Europas* (Dupront sprach von einer „ontologie européenne“) und des *Auftrags der Kirche* bei der Verwirklichung Europas (Brugmans erklärte – damit beträchtlichen Widerspruch auslösend – die europäische Einigung zu der Aufgabe der Kirche der Gegenwart, und zwar des Christen wie der Kirche). Die Urteile über die gegenwärtige EG schwankten ebenso zwischen Skepsis und Unbehagen. Der Holländer *F. A. M. Alting von Geusau* klagte über die noch fehlenden demokratischen Strukturen der EG und die fehlende demokratische Kontrolle ihrer Entscheidungsorgane (Ministerrat). Hans Maier sprach vom Unbehagen der Deutschen an der europäischen Bürokratie – wie die Voraussetzungen über die Einflußfähigkeit und des politischen Gewichts eines direkt gewählten europäischen Parlaments. Der Feststellung, die *Polarisierung* im Europa-Parlament sei geringer als zwischen den Parteien im nationalen Bereich wurde das einfache Argument entgegengehalten, die Polarisierung werde in dem Maße zunehmen, in dem die Kompetenzen wachsen. Einig war man sich darüber, daß Europa auf zweifache Weise wachsen müsse: der Bildung übernationaler europäischer Strukturen müsse eine Regionalisierung im nationalen Bereich entsprechen. Zu verhüten sei, daß über die europäischen Direktwahlen die nationalen Querelen auf die europäische Ebene übertragen werden oder die Parteien ihre ideologischen Banalitäten auf europäischer Ebene wiederholen (Brugmans). Die Frage, ob die europäischen Wahlen zu einer ideologischen Verschärfung unterschiedlich nach Nationen führen werden und ob das Parteiwesen auf nationaler Ebene dadurch Spaltungen ausgesetzt werde, wurde von Hans Maier im Hinblick auf CDU und CSU verneint. Die möglichen Koalitionen im Europäischen Parlament sehe er pragmatisch.

Sehr im Vorläufigen blieb die Formulierung der *spezifischen Aufgaben der Christen im europäischen Einigungsprozeß*. Die Frage nach den Aufgaben wandelte sich bald – und das scheint für das Verhältnis der Christen zu Europa typisch zu sein – zur Frage nach dem Selbstverständnis und dann zu der Frage, wo man „mitmachen“ könne und wo man widersprechen müsse (Grundwerte, Schutz des Lebens). „Dosierung der Werte“ (*Alois Mertes*) als praktische Politik war das Stichwort für das Feld der Auseinandersetzung und Verständigung zwischen Christen und Nichtchristen. Einen besonders diskussionswürdigen Gedanken im Verhältnis Christ-Parteien steuerte Alting von Geusau bei: nicht jede Partei sei für den Christen wählbar, aber das gelte nicht so sehr für den Christen als Christen, sondern für den Christen als Demokraten – vermutlich liegt da noch der zu suchende gemeinsame politische Nenner europäischer Christen.

An konkreten Vorschlägen aus der Diskussion seien vermerkt:

die Errichtung einer Europa-Stiftung zur kulturellen Unterstützung des Europa-Gedankens (Förderung europäischer Identität; *Alting von Geusau*); Unterstützung eines Marshallplans für das Europa der Neun und der Zwölf (*Alfons Horten*) und für die Bundesrepublik die Mitwirkung eines Vertreters für die ausländischen Arbeitnehmer in der Deutschen Bischofskonferenz (*O. B. Roegele*).

Das vor Jahren vielbeachtete Pastoralkonzil der niederländischen Kirchenprovinz hat im „Landelijk Pastoraal Overleg“ (abgekürzt: LPO, zu übersetzen etwa: „Nationale Pastorale Beratung“) seine Fortsetzung gefunden. Auf einer vorbereitenden Zusammenkunft am 20. und 21. Januar in Noordwijkerhout war die Thematik für die erste Sitzung des LPO III festgelegt worden, zu der sich mit den Bischöfen rund 140 Delegierte vom 5. bis 7. Mai in Veldhoven bei Eindhoven versammelten: „die Kirche: Gemeinschaft und gemeinschaftsbildend – Aufbau der Kirche als Aufbau von Glaubensgemeinschaft“, in vorausgehenden Publikationen griffiger formuliert: „Zusammen glauben, zusammen Kirche sein“. Es sollte der Versuch unternommen werden, zu „inventarisieren“: die überaus zahlreichen Gruppierungen und Aktivitäten der „Basis“ kennenzulernen, wenigstens einige von ihnen mit den Delegierten des LPO III ins Gespräch zu bringen und zu prüfen, inwieweit sie sich kirchlich und nicht bloß sozial-gesellschaftlich engagieren, also einen Beitrag zum „Aufbau der Kirche“ leisten. Ausdrücklich sollte eine Besinnung darauf, was „Kirche“ grundsätzlich ist und bedeutet, nicht ausgeschlossen sein. Anwesend waren mit Ausnahme des erkrankten Kardinals *Willebrands* alle Bischöfe, als Gast auch der Apostolische Nuntius. Bischof *Bluyssen* von 's-Hertogenbosch als stellvertretender Vorsitzender der Bischofskonferenz eröffnete und schloß die Zusammenkunft; dabei berücksichtigte er die von Delegierten wiederholt recht selbstbewußt vorgebrachte Frage und Forderung nach der „unveräußerlichen Verantwortlichkeit“ der Laien. Bischof *Zwartkruis* von Haarlem wünschte sich eine „herzliche Kirche“, „wo man sich zu Hause fühlt, wo Pluriformität innerhalb der Einheit möglich ist“. Auf einige theologische Aspekte, die bei der Besinnung auf das Kirche-Sein auf keinen Fall vergessen werden dürften, verwies der in den Niederlanden wegen seiner betont romorientierten Haltung und verschiedener eigener Initiativen immer noch umstrittene Bischof *Gijzen* von Roermond: Die Kirche sei zugleich heilig und zugleich sündig; ihre Glieder seien aufgerufen zur Nachfolge Christi; die Amtsträger seien Menschen, die hören, aber auch sprechen müssen – in Gottes Namen. – Im Herbst wird das LPO III fortgesetzt. Dann werden auch die Bischöfe Stellung nehmen, inwieweit sie die Pluriformität des kirchlichen Lebens legitimieren können und wie die Polarisierung abgebaut werden kann, die mehr und mehr Katholiken in den Niederlanden als schmerzliches Problem empfinden. Mehrfach wurden die Bischöfe bereits jetzt nach ihrem – manche Delegierte unterstellten: nicht einheitlichen – Kirchenbild gefragt.

Unsicherheit bestimmt das Bild der Lage der Kirche in Rhodesien. Zwar hat die rhodesische Staatsanwaltschaft ihre Anklage gegen drei führende Mitglieder der rhodesischen katholischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden fallengelassen, doch war auch zu erfahren, daß die in Rhodesien tätigen Missionare unter wachsendem Druck von Sicherheitskräften des Landes stehen, damit sie ihre Position der Neutralität im Krieg zwischen den rhodesischen Streitkräften und den Guerillaverbänden der „Patriotischen Front“ aufgeben. Die Entscheidung, die Anklage gegen die Missionare fallenzulassen, wurde damit begründet, daß

sie angesichts der gegenwärtigen Entwicklung „im Interesse Rhodesiens“ sei. Die drei Kommissionsmitglieder waren im September 1977 verhaftet und des Verstoßes gegen militärische Geheimhaltungsvorschriften beschuldigt worden. Grund dafür war deren Veröffentlichung einer Dokumentation über die Folgen des Guerillakrieges in Rhodesien und die darin enthaltenen Beweise für Brutalitäten der staatlichen Sicherheitskräfte. Von dem Druck auf die verbleibenden Missionare berichtete jetzt ein aus Rhodesien zurückgekehrter kirchlicher Mitarbeiter dem Londoner „Catholic Herald“. Er meinte, viele örtliche Befehlshaber wollten, daß die Missionare bei der Fortführung des Krieges ein verlängerter Arm des Staates seien. Da die Lage der Sicherheitsstreitkräfte immer schlechter werde, seien diese unwillig, die Neutralität der örtlichen Missionen zu akzeptieren. Auf der Basis der sogenannten „internen“ Regelung, die der Regierung im gegenwärtigen Ausnahmezustand enorme Vollmachten zugesteht, sei es auch unvorstellbar geworden, Wahlen abzuhalten, meinte der Informant der Zeitschrift (vgl. Kathpress, 11. 5. 78). Die Ansicht, man könne die „patriotische Front“ ignorieren, sei unverantwortlich und verkenne völlig die tatsächlichen Gegebenheiten. Der Grad der Kontrolle, die von den Guerilleros auf dem Lande ausgeübt werde, sei derart, daß die Unterstützung für den methodistischen Bischof *Muzorewa* rapid abnehme. Es sei unzweifelhaft, daß *Muzorewa* eine starke Unterstützung in den Städten besitze, doch dort lebe nur eine kleine Minderheit von 15 Prozent der Bevölkerung. Im übrigen müsse man Ministerpräsident *Ian Smith* darauf hinweisen, daß durch die Folterungen und Einschüchterungen die Bevölkerung in die Arme der Guerilleros getrieben werde. Wenn die der afrikanischen Bevölkerung bekannten Folterer nicht entfernt würden, werde es später zu einer grauenhaften Reaktion kommen. Derselben Ansicht ist auch das britische „Katholische Institut für Internationale Beziehungen“. So sage die Regierung nichts über die Hunderttausende, die in die von Stacheldraht umzäunten Dörfer umgesiedelt wurden. Auch von Landreform sei nicht gesprochen worden. Nur die Rechte der Weißen, der Polizei und der Armee seien sichergestellt, heißt es in der Studie.

Studien über die religiöse Haltung der japanischen Jugend brachten ein überraschendes Ergebnis. In einem Bericht, den der Sekretär der japanischen Bischofskommission für Nichtgläubende, *G. Inugai*, an das vatikanische Sekretariat für die Nichtgläubenden sandte, wird mitgeteilt, daß eine von der japanischen Regierung durchgeführte Studie über „Jugend der modernen Welt“ ergeben habe, daß sich 6 Prozent der Jugendlichen, die antworteten, als Atheisten erklärten und 74 Prozent sagten, sie seien religiös indifferent, daß also 80 Prozent keinerlei Interesse an Religion hätten. Die Untersuchung (vgl. *Fides*, 15. 4. 78) sagt, daß sich nur ein Prozent der japanischen Jugend positiv zu einer religiösen Überzeugung bekennt. Wenn man aber die Menschenfrage, welcher Religion sie angehörten, gäben 18 Prozent den Namen einer Religionsgemeinschaft an. 19 Prozent der Jugendlichen sagen, sie wüßten nicht, was sie tun sollen oder daß sie in ihrem Leben keinen konkreten Sinn sähen. Im Jahre 1977 organisierte die japanische Bischofskonferenz unter Jugendlichen und Erwachsenen eine eigene Umfrage über ihre Haltung zur Religion. 76 Prozent der Jugendlichen antworteten, daß sie irgendwie Respekt für die traditionelle Naturverehrung haben und daß sie gelegentlich Schintotempel, Buddhatempel und ihr Familiengrab besuchen. 71 Prozent der jungen Menschen sagten, sie bräuchten keine Religion, wenn sie ein starkes Selbstvertrauen besitzen und in ihrem Leben, in der Familie oder im Beruf keine Probleme haben. Sie leugneten nicht, daß Religion für den einzelnen und für die Gesellschaft von Bedeutung sein kann, sagten aber, daß sie im Augenblick Religion einfach nicht brauchten. 46 Prozent antworteten, Religion sei etwas für Schwächlinge. Japan ist im wesentlichen eine säkularisierte Gesellschaft, behält aber etwas von den sozialen und privaten Ausdrucksformen traditioneller Religionen bei. Das zahlenmäßig verschwindend geringe Christentum in Japan kann viele Anhänger aufweisen, ohne daß sich diese taufen lassen. So steht das Ansehen der christlichen Kirchen in keinem Verhältnis zur Stärke. Die Angaben der jungen Japaner überraschten jedoch hauptsächlich, weil die vielen neuen japanischen Religionen bisher eigentlich auf ein großes Reservoir in der Bevölkerung schließen ließen.

Bücher

ANSGAR PAUS (Hrsg.), **Suche nach Sinn – Suche nach Gott.** Verlag Styria, Graz-Wien-Köln 1978, 355 S. 16.80 DM.

Unter dem wenigstens optisch mißverständlichen Titel verbergen sich die Referate der Salzburger Hochschulwochen 1977, deren Grund- und Gesamtthema die Sinnfrage war. Es ist eine Sammlung von durchaus ungleichen Beiträgen, ungleich nicht nur an Umfang, sondern auch an Bedeutungsdichte. Als Grundstock lassen sich die philosophisch-theologisch-exegetischen Vorlesungsreihen von *Max Müller* (Weisen der Sinnerfahrung des Menschen von heute), *Karl Lehmann* (Vom Sinn der christlichen Existenz zwischen Enthusiasmus und Institution), *Rudolf Schnackenburg* (Sinnerfahrung in Jesus Christus), *Heinrich Gross* (Gottese Erfahrung im Alten Testament) verstehen. Daraus wird schon ersichtlich, wo der eigentliche Schwerpunkt lag: im theologisch-biblischen Bereich. Eine Begegnung unterschiedlicher oder gar gegenläufiger Sinndeutungssysteme oder auch nur

die Zusammenführung des Aspektwissens aus den verschiedenen Wissenschaften vom Menschen, die etwas zur Deutung und Klärung der Sinnfrage beisteuern, waren diese Hochschulwochen nicht. Der einzige im strengen Sinn nichttheologische Text, das betont populärwissenschaftliche Referat von *Viktor E. Frankl* (Die Sinnfrage in der Psychotherapie), kann die Lücke an interdisziplinärer Begegnung, die die eigentliche Aufgabe solcher akademischer Veranstaltungen wäre, nicht auffüllen. Es fehlen die Geschichts-, die Sozialwissenschaften, die Humanwissenschaften fast insgesamt. Dennoch ist der Band nicht uninteressant. Er bietet theologische Information, er gibt Aufschluß über die Virulenz der Sinnfrage in der Gegenwart, orientiert über die verschiedenen Bewegungen (enthusiastische Religiosität, Meditationsbewegung), die in unserem Raum auf eine neue Weise Antwort auf die Sinnsuche zu geben versuchen oder die wenigstens Sinnsuche in verschiedener Weise in sich verkörpern. Dabei wird auch in den theologisch-spirituellen Beiträgen (Lehmann, Co-